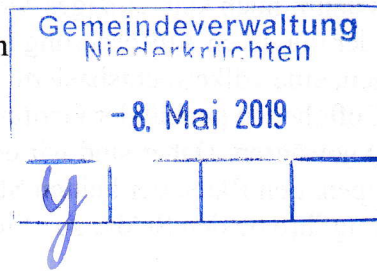


Netzwerk Asyl Kreis Viersen
Dr. Michael Stoffels, Parkstr. 16, 47906 Kempen



Herrn
Bürgermeister Karl-Heinz Wassong

30.04..2019

An die Bürgermeisterin, die Bürgermeister der Kommunen im Kreis Viersen
An kommunale Parteien im Kreis Viersen

Betr.: Kommunen im Kreis Viersen als „Sichere Häfen“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Tag für Tag ereignen sich auf dem Mittelmeer Tragödien, für die es kaum Worte gibt. Tag für Tag erleiden im Durchschnitt 6 Menschen einen qualvollen Tod des Ertrinkens, Menschen, die vor bitterer Not, vor kriegerischen Konflikten, vor Unterdrückung oder Verfolgung geflohen sind. Doch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Europa hat für Zehntausende in den Fluten des Mittelmeers – nicht nur da, aber vor allem da - ein tödliches Ende gefunden.

Gleichzeitig erleben wir, dass Besatzungen ziviler Seenotrettungsschiffe kriminalisiert werden, dass sie – wie gerade kürzlich wieder - gehindert werden, mit Geretteten in einen sicheren Hafen einzulaufen, dass stattdessen ein unsägliches Geschacher einsetzt, wer möglicherweise die Geretteten aufzunehmen bereit ist. Kürzlich wieder ging es um gerade einmal 64 Flüchtlinge, die nun endlich auf einige europäische Länder verteilt werden, 26 von ihnen wird Deutschland aufnehmen.

Die Asylinitiativen im Kreis Viersen empfinden die Situation als schlechthin unerträglich und haben daher im August vergangenen Jahres einen Offenen Brief verfasst, der an den Landrat und an Sie gerichtet war. Sie waren und sind empört darüber, dass Europa das Mittelmeer zum Verbündeten einer tödlichen Flüchtlingspolitik gemacht hat. Die „Sicherung der Außengrenzen“ mag ein legitimes politisches Ziel sein. Doch es gibt keinerlei, wirklich keinerlei Umstände, die rechtfertigen könnten, dieses Ziel sehenden Auges mit dem Tod von Tausenden und Abertausenden von Menschen zu erkaufen. Dieses unterhöhlt die menschenrechtlichen Grundlagen eines der Würde des Menschen verpflichteten gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Daher setzen wir unsere mit dem Offenen Brief begonnene Kampagne fort, sei es dass wir wie in Kempen über 12 Stunden ohne Unterbrechung die Daten der Umgekommenen, soweit sie bekannt sind, verlesen haben, sei es dass wir die Kommunen in unserem Wirkungsbereich, dem Kreis Viersen, auffordern ein humanitäres Signal gegen das Sterben zu setzen und sich ebenso wie deutsche und europäische Metropolen symbolisch zu „Sicheren Häfen“ zu erklären.

Wir wissen, dass damit noch kein einziges Menschenleben gerettet ist, aber es ist ein Zeichen der Gegenwehr, der massiven Aufforderung an die Bundesregierung und die anderen europäischen Regierungen, eine völkerrechtsbasierte Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu gewährleisten und den Geflohenen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention einen Zugang zu einem Asylverfahren zu gewähren. Daher sind wir der Bürgermeisterin von Viersen, dem Bürgermeister von Kempen, den Räten der beiden Städte sehr dankbar, dass sie einstimmig bzw. annähernd einstimmig ihre beiden Städte zu „Sicheren Häfen“ gemacht haben.

Zugleich bedauern wir, dass die Stadt Willich sich nicht dazu bereitfinden konnte. Zwar hat der Willicher Rat einer zusätzlichen Aufnahme von 15 Flüchtlingen zugestimmt, aber einen Bezug auf das tödliche Geschehen auf dem Mittelmeer ausdrücklich abgelehnt. Was bei anderer Gelegenheit und zu anderen Zeiten ein positives Signal gewesen wäre, die Bereitschaft zu einer zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen nämlich, ging erkennbar auf die Absicht zurück, die unerwünschten politischen Implikationen der tödlichen Abschottungspolitik nicht zu thematisieren und dennoch dem Vorwurf zu entgehen, man verschließe sich einem humanitären Anliegen.

Wir sind nicht allein. Sie werden wohl erfahren haben, dass es einen Offenen Brief an die Bundeskanzlerin gibt, der von 250 Organisationen unterzeichnet wurde, unter anderem von Amnesty International, Brot für die Welt, dem Paritätischen Gesamtverband, dem DGB, der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Caritasverband, dem AWO Bundesverband usw. usw. „Wir sind erschüttert“, heißt es da, „angesichts der gegenwärtigen europäischen Politik, die immer stärker auf Abschottung und Abschreckung setzt – und dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt.“

Doch nicht nur Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen haben sich jetzt zu Wort gemeldet. Auch 210 Bundestagsabgeordnete sind in einem inhaltlich ähnlichen „Osterappell zur Seenotrettung“ an die Bundesregierung herangetreten, um unmissverständlich deutlich zu machen: „Menschen, die auf hoher See in Seenot geraten, vor dem Ertrinken zu retten, ist ein humanitärer Imperativ, der nicht verhandelbar ist.“ Zu den Unterzeichnern des Appells gehört auch der für den hiesigen Wahlkreis zuständige CDU-Abgeordnete Uwe Schummer. Udo Schiefner, SPD-MdB im Kreis Viersen, ließ mitteilen, dass bei ihm der Appell leider „im Büroalltag einer Sitzungswoche untergegangen ist“. „Selbstverständlich“ hätte er ihn gerne unterschrieben. Es ist davon auszugehen, dass dies auch für andere Abgeordnete gilt und somit die Zahl der Befürworter*innen des Appells noch deutlich über 210 liegen dürfte.

Der Offene Brief an die Bundeskanzlerin und der Osterappell der Bundestagsabgeordneten (beide als Anlage anbei) sind sich in folgenden Forderungen an die Bundesregierung weitgehend einig:

- Aufbau eines europäisch organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems
- Ein gerechter an humanen Kriterien ausgerichteter Verteilmechanismus für gerettete Flüchtlinge
- Kein Zurückschicken von Flüchtlingen in die KZ-ähnlichen Lager nach Lybien, vielmehr Freilassung aller dort Internierten
- Unverzügliche Zusage des Bundesinnenministers an Kommunen, die freiwillig aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen wollen

Die Dringlichkeit dieser Forderungen ist offensichtlich, zumal jetzt angesichts der weiteren Verschärfung der Situation durch den Stopp des Marineeinsatzes der EU vor der libyschen Küste und die Aussetzung der Anti-Schleuser-Operation Sophia, mittels der Tausende von Flüchtlingen auf See gerettet werden konnten. Was ist dies anderes als ein „moralischer Offenbarungseid“ (Diakonie-Präsident Ulrich Lilie) durch „unterlassene Hilfeleistung“ (Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes)?

Somit fordern wir die sieben Kommunen im Kreis Viersen, die dies noch nicht getan haben, auf, dem Beispiel von Viersen und Kempen zu folgen und sich dem Votum der beiden Bundestagsabgeordneten anzuschließen. Setzen Sie ein Zeichen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und für europäische Grundwerte! Bekunden Sie Ihre Bereitschaft, nach Zustimmung des Bundesinnenministeriums zusätzlich einigen geflüchteten und aus Seenot geretteten Menschen Zuflucht zu gewähren und sich einzureihen in die inzwischen mehr als 50 Städte und Kommunen, die zu ‚Sicheren Häfen‘ geworden sind. Sie können versichert sein: Wir wissen, wovon wir reden, denn wir betreuen und begleiten selbst täglich Flüchtlinge, die den so überaus gefährlichen Weg über das Mittelmeer genommen haben und manchmal nur mit knapper Not dem Tod entkommen sind.

Wir hoffen dabei nicht nur auf Ihr einmaliges, sondern auch auf Ihr fortdauerndes Engagement in Sachen Seenotrettung bei kommunalen Spitzenverbänden, bei zuständigen Landes- und Bundesministerien. Unsererseits werden wir beim Kreis Viersen in Kürze beantragen, die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Netzwerk Asyl Kreis Viersen
Dr. Michael Stoffels

- Offener Brief an die Bundeskanzlerin
- Osterappell zur Seenotrettung